Morgen-Ausgabe. Nr. 544 Freitag, 19. November 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,60 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B, Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Valencia beschwört die Internationale

Friedensschluß steht im Gegensatz zu Moskaus Wünschen

San Sebastian, 18. November.

Auf dem Kongreß der bolschewistischen Gewerkschaften ist beschlossen worden, an die marxistische und an die kommunistische Internationale ein Telegramm zu richten und darin um eine „dringende Aktion" der beiden Internationalen zur Verteidigung der chinesischen und spanischen Demokratie zu ersuchen.

In dieser Aufforderung der spanischen Bolschewisten kommt zum erstenmal der neue, von Sowjetspanien verfolgte Treb zum Ausdruck, nicht, wie bisher, direkt bei den Regierungen Unterstützung zu fordern, sondern den internationalen Marxismus zu veranlassen, durch Streiks und Unruhen die Regierungen zu Waffenlieferungen usw. an Sowjetspanien zu zwingen. Der Oberbolschewist Lamoneda stellte in einer Rede auf einem Kongreß der bolschewistischen Gewerkschaft fest, daß eine Verständigung mit den Nationalen niemals in Frage komme. Eine solche Verständigung könne wohl einigen europäischen „Demokratien" richtig erscheinen, stehe aber in völligem Gegensatze zu den Wünschen Moskaus. Es sei also notwendig, den Krieg bis zu seiner letzten Phase fortzusetzen.

Priester ermordet – Kirchen zerstört

San Sebastian, 18. November.

Die Untersuchungen über die von den Bolschewisten in Asturien verübten Verbrechen gehen weiter vor sich. Die mit den Arbeiten beauftragte Kommission hat jetzt einwandfrei festgestellt, daß allein in dem zuletzt eroberten Teil Asturiens 101 Geistliche und 20 Mönche ermordet wurden. Diese Zahl wird sich jedoch noch erhöhen, da viele Fälle noch nicht genügend geklärt werden konnten. In Gijon ist nur eine Kirche heil geblieben, während die übrigen restlos zerstört sind. Die meisten Gemeinden Asturiens sind ohne ein Gotteshaus geblieben.

Geht oder bleibt Litwinow?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. November.

Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Litwinows tauchen jetzt erneut auf, und zwar im Zusammenhang mit den zahlreichen Verhaftungen sowjetrussischer Diplomaten. Es heißt, daß Litwinow gegen diese Massenverhaftungen bei Stalin vorstellig geworden sei, wobei er darauf hingewiesen habe, daß durch die Verhaftungen das Ansehen Sowjetrußlands stark leide. Trotzdem soll aber, wie „Paris Midi" in einer Rigaer Meldung erklärt, Stalin die GPU-Aktion gedeckt und sich auf die Seite Jessows, des Leiters der GPU, gestellt haben. Unter diesen Umständen soll ein Rücktritt Litwinows im Bereich des möglichen liegen, zumal sein Mißerfolg auf der Fernost-Konferenz seinem Ansehen in Moskau abträglich gewesen ist.

Auch Oesterreich erkennt Franco an

Wien, 18. November.

Nach einer im ungarischen Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung, daß die ungarische Regierung schon seit Mitte September offizielle Verbindungen mit dem Budapester Vertreter des Generals Franco aufgenommen habe, teilt die Wiener Presse mit, daß das gleiche auch für Oesterreich zutreffe. Zur selben Zeit sei die österreichische Bundesregierung mit Garcia Comin, dem Wiener Vertreter Francos, in Fühlungnahme getreten, was der de-facto-Anerkennung Frankos gleichkomme.

Valencia „beschwert" sich in London

London, 18. November.

Die rotspanische Regierung hat sich in einer Note an die britische Regierung über die Ernennung von Agenten bei der Regierung Franco beschwert. In der Note heißt es, dieser Schritt Englands bedeute die Aufgabe der Politik, keine offiziellen Beziehungen mit denjenigen zu unterhalten, „die gegen eine legal eingesetzte Regierung revoltieren".

*

„Tokyo Asahi Schimbun" meldet, daß nach der Anerkennung der spanischen Nationalregierung durch Japan der bisherige japanische Gesandte in Madrid, Yano, der sich augenblicklich in Frankreich aufhält, nach Salamanka entsandt werden soll.

Radauszenen in der französischen Kammer

Schwere Vorwürfe gegen den kommunistenfreundlichen Kurs

Paris, 18. November.

Die Aussprache in der französischen Kammer am Donnerstag über allgemeine politische Fragen ließ gewisse innerpolitische Zuspitzungen der letzten Zeit im grellsten Lichte erscheinen. Besonders aufschlußreich sind die Ausführungen des rechtsstehenden ehemaligen Pariser Polizeipräfekten Chiappe, die teilweise mit einem ohrenbetäubenden Lärm der sich sichtbar getroffen fühlenden Kommunisten beantwortet wurden.

Mit scharfen Worten warf Chiappe der Regierung Unsicherheit gegenüber dem wiedererwachenden Terrorismus vor, und betonte, seit den Werkbesetzungen im Juni 1936 habe sich eine Reihe beunruhigender Ereignisse zugetragen, die erkennen ließen, in welchem Ausmaß das soziale Gleichgewicht Frankreichs gestört sei. Man habe die Urheber der einzelnen Anschläge nicht ermitteln können. Man wisse nicht, ob es Franzosen oder Ausländer gewesen seien. Man wisse aber, daß diese Anschläge das Werk eines ausländischen Terrorismus gewesen wären. Warum sei nichts geschehen, um den ausländischen Terrorismus zu unterdrücken? Habe die Regierung Bedenken wegen ihrer Bündnisse?

Unter großem Radau der äußersten Linken fuhr der Polizeipräfekt fort:

„Die ernsteste Gefahr für das öffentliche Wohl sind die Kommunisten, die sich heute hinter der Trikolore verstecken. Eine Zuflucht für diejenigen, die im Dienste der Dritten Internationale stehen und die dem Zugriff der Regierung entgehen, bilden die 72 kommunistischen Abgeordneten, da sie durch die parlamentarische Immunität geschützt sind."

Langanhaltender Lärm führte nach diesen Worten zur Unterbrechung der Sitzung.

Abgeordneter Marcel Hérand (Rechte Seite) betonte in seinen Ausführungen, daß in der Kammer 80 kommunistische Abgeordnete säßen, die sich nur von Rücksichten auf Sowjetrußland leiten ließen. Die französische Regierung könne ihre Pflicht nicht erfüllen, solange sie sich auf Elemente stütze, die zwischen ihrer Lehre und ihrem Vaterlande nicht wählen könnten.

Halifax auf dem Weg nach Berchtesgaden

Berlin, 18. November.

Der zum Besuch der Jagdausstellung in Berlin weilende Präsident des englischen Staatsrats, Lord Halifax, benutzte am Donnerstagabend um 9,20 Uhr den fahrplanmäßigen Zug nach München, um sich in Begleitung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath nach dem Obersalzberg zu einem Besuch beim Führer und Reichskanzler zu begeben. Zum Abschied hatte sich auf dem Anhalter Bahnhof der britische Botschafter, Sir Neville Henderson, eingefunden.

Gegen Gerüchte um Marlene Dietrich

Berlin, 18. November.

In einigen deutschen Zeitungen sind in letzter Zeit Meldungen erschienen, denen zufolge die bekannte Filmschauspielerin Marlene Dietrich die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben oder sich durch Unterschreiben von Aufrufen bzw. durch Geldspenden für Rotspanien erklärt habe. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß diese Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.

Stojadinowitsch fährt nach Rom

Rom, 18. November.

Der jugoslawische Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch wird, wie mitgeteilt wird, in den ersten Dezembertagen in Erwiderung des Belgrader Frühjahrsbesuches des Grafen Ciano zu einem amtlichen Besuch nach Rom reisen.

Erhöhte Viehsterblichkeit in Holland

Amsterdam, 18. November.

Blättermeldungen zufolge hat die Viehsterblichkeit in Holland infolge der Maul- und Klauenseuche in letzter Zeit bedeutend zugenommen. Allein in den letzten drei Wochen haben die drei größten Kadaververnichtungsanstalten des Landes 8755 Stück der Seuche erlegenes Vieh vernichten müssen und seit Beginn der Seuche 6825 Stück. In diesen Zahlen ist die Tätigkeit der sieben kleineren Kadaververnichtungsanstalten nicht berücksichtigt.

Zwölfhundert Kilometer rückwärts

Um eine geradezu phantastische Strecke hat die chinesische Zentralregierung ihren Sitz ins Innere zurückverlegt. Von Nanking bis Tschungking mißt man in der Luftlinie mehr als zwölfhundert Kilometer. Das ist eine Entfernung, die noch etwas weiterreicht als etwa der Flugweg Berlin—Rom oder Berlin—Kiew. Dabei sind die Ministerien eigentlich nur stromaufwärts verlegt, denn auch Tschungking liegt am Jangtsekiang. Es ist übrigens ein bedeutendes Wirtschaftszentrum. Nanking war in der Hauptsache immer nur Sitz der Regierung, aber niemals eine große Handelsstadt. Anders Tschungking. Daß es mehr als sechshunderttausend Einwohner hat, verdankt es seiner verkehrsgeographisch sehr günstigen Lage. Nicht nur die Dampfer fahren den Jangtse bis hierhin und weiter hinauf, sondern durch das Tal des Kialing, der bei Tschungking in den Jangtse mündet, zieht seit altersher eine große Handelsstraße nach Norden zur Aeußeren Mongolei. Auf ihr werden in normalen Zeiten Moschus, Seidenwaren, Wachs, Opium und Felle herangebracht. Jetzt dient sie wohl mehr den Transporten von Waffen und Munition aus Sowjetrußland. Nanking wurde allein in der vergangenen Woche viermal von japanischen Geschwadern bombardiert. Der neue Regierungssitz — und das dürfte bei der Wahl des Platzes eine wesentliche Rolle mitgespielt haben — ist vor Luftangriffen jedoch vorläufig sicher. Flieger, die von den Flugplätzen um Schang'hai aus derartige Entfernungen im Hin- und Rückflug bewältigen wollen, benötigen so viel Betriebsstoff, daß daneben für eine Bombenlast kein Platz mehr bleibt. Auch sonst ist Tschungking sorgsam gewählt. Die Stadt ist der Sitz ausländischer Konsulate, unter denen sich auch ein deutsches befindet, und die Zentralregierung bleibt ohne besondere Schwierigkeiten mit den großen Mächten in Verbindung, worauf sie ja nicht ohne Grund hohes Gewicht legt. Freilich, Marschall Tschiangkaischek, der an der Front bleibt, muß die Folgerungen daraus ziehen, daß ihn fortab von den Ministerien riesige Weiten trennen. Er ist deshalb als Ministerpräsident zurückgetreten und wird sich in Zukunft ganz den militärischen Aufgaben widmen. Sein Nachfolger als Organisator des chinesischen Widerstandswillens ist der bisherige Finanzminister Kung, uns Deutschen kein Unbekannter, weilte er doch erst vor wenigen Wochen in der Reichshauptstadt.

Eine Katastrophe wäre es, müßte in Europa eine Regierung ihre Hauptstadt räumen. Aber man darf Vorgänge in Ostasien nicht mit europäischen Augen betrachten. Nanking hat stimmungsmäßig auch nur im entferntesten nicht das Gewicht besessen wie etwa Berlin, Paris, Rom oder London. Von einer Niederbruchspsychose: „Hauptstadt verloren — alles verloren!" kann deshalb auch keine Rede sein. Die Räumung wurde zwar durch die letzten militärischen Ereignisse beschleunigt, aber vorbereitet war sie seit Wochen. Schon im August begann die Zivilbevölkerung abzuwandern. Sie schrumpfte in den letzten drei Monaten von einer Million auf 350 000 zusammen. Nanking verwandelte sich in eine tote Stadt. Die meisten Läden wurden geschlossen, die Schaufenster durch Bretter und Kistendeckel verbarrikadiert, und selbst die Straßenbeleuchtung wurde eingestellt. Mit dem Abzug der letzten Regierungsstellen flüchteten in endloser Reihe weitere Zehntausende von Einwohnern in das Innere des Landes, und mit chinesischer Gelassenheit verwandeln sich reiche Kaufleute wieder in arme Anfänger, um sich irgendwo eine neue Existenz zu gründen. Wenn Japan in Nanking einmarschiert, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, so erobert es also öde Straßen und leere Häuser; ein lebenswichtiges Zentrum Chinas jedoch trifft der Stoß nicht mehr. Es wird das zum Ereignis, was wir schon zu Beginn des Krieges im Fernen Osten an dieser Stelle als Möglichkeit erörterten, nämlich: daß China angesichts seiner militärischen Unterlegenheit Japan gegenüber wahrscheinlich versuchen würde, die ungeheure Ausdehnung seines Reiches strategisch in Rechnung zu setzen.

Es fragt sich nur, ob diese Rechnung richtig ist. China baut auf Raum und Zeit. Es geht von dem Gedanken aus, daß die riesigen Belastungen, die der Krieg der ohnehin angespannten Finanz- und Wirtschaftslage Japans auferlegt, auf die Dauer doch Tokio zum Einlenken bewegen könnten. Und die Tschungking-Regierung — wie man sieht wohl an Stelle von Nanking-Regierung sagen muß — verläßt sich weiter auch auf die Hilfe, die ihm insbesondere Sowjet-

Heute: Der D. N. Kraftfahrer Seite 8